

AUF DER STRECKE GEBLIEBEN?

ÜBER DAS VERSCHWINDEN DES KONSERVATISMUS ALS POLITISCHE IDEOLOGIE

≡ Jens Hacke

Es gehört zu den oft verdrängten Trivialitäten der Ideen- und Begriffsgeschichte, dass der Konservatismus ein Phänomen der Moderne ist, welches sich erst als Reaktion auf Emanzipations- und Liberalisierungsbewegungen ausgebildet hat. Die Herausforderung des Fortschritts machte die Reflexion vermeintlich konservativer Werte und Traditionen notwendig; denn die Erfahrung, dass die herkömmliche soziale und politische Ordnung fragil und mithin revolutionär veränderbar wurde, mündete in intellektuelle Anstrengungen, sich dagegen zu wehren.

Der Konservative als Fortschrittsgegner – diese Gleichung war allerdings von Beginn an zu einfach. Die meisten Konservativen standen zwangsläufig auf dem Boden der Moderne, und nicht wenige versuchten – lange vor Franz-Josef Strauß' berühmtem Ausspruch – »an der Spitze des Fortschritts zu marschieren«. Machtpolitischer Pragmatismus leitete bereits konservative Politiker wie Benjamin Disraeli und Otto von Bismarck, weitreichende Sozialreformen »von oben« einzuführen, um den Forderungen der Arbeiterbewegungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

So ist kaum verwunderlich, dass der Konservatismus an der Schwelle zum demokratischen Zeitalter dauernd damit beschäftigt war, die programmatischen Forderungen der Modernisierer zu absorbieren und sich gleichzeitig vom Ballast des altständischen Denkens zu trennen. Die Orientierungsmarken konservativer Ideologie wurden immer verschwommener; denn auch wenn Hierarchie, Ordnung, Heimat oder Religion als vage Leitbegriffe dienten, so war doch nie klar, wie sie sich in politische Konzepte für im Modernisierungsprozess befindliche Gesellschaften umsetzen ließen. Auch unter selbsternannten Konservativen war stets umstritten, was genau bewahrt und mit welchen Werten dies begründet werden sollte.

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Eine politische Bedeutung hat der Begriff erst erlangt, als François-René de Chateaubriand seine Zeitschrift *Le Conservateur* (1818) gründete und Konservatismus von nun an als positive Selbstbezeichnung fungierte, um die überwiegend negativ konnotierten Fremdzuschreibungen »Reaktion« und »Restauration« abzulösen. Der Wissenssoziologe Karl Mannheim hat bekanntlich den Konservatismus als Reflexivwerden des Traditionalismus bestimmt.¹

Seither haben die Definitionsversuche und begrifflichen Fixierungsbemühungen nicht nachgelassen. Einschlägig geworden ist die Klassifizierung des früh verstorbenen Historikers Klaus Epstein, der idealtypisch differenzierte zwischen einer rückwärtsgewandten konservativen Reaktion, die die Vergangenheit eines goldenen Zeitalters wieder zu beleben sucht, einem gegenwartszufriedenen Status-quo-Konservatismus und dem Reformkonservatismus, der in Burke'scher Tradition für institutionell vermittelten graduellen Wandel eintritt.² Nimmt man noch den Befund des ebenso genialischen wie eigenbrütlerischen Privatgelehrten Panajotis Kondylis hinzu, der mit der politischen Entmachtung des Adels auch das Ende des »Konservativismus« gekommen sah,³ und vergegenwärtigt man sich die Aporien einer »Konservativen Revolution«, deren heterogene Ableger für alternative Modernen unterschiedlicher hierarchisch-autoritärer Provenienz Ideen sammelten,⁴ dann wird die ideologische Familie des Konservatismus vollends unübersichtlich.

Theoretische Unübersichtlichkeit ist freilich kein Argument gegen die Verwendung von Orientierungsbegriffen. Der Liberalismus in all seinen Spielarten vom Sozial- bis zum Neoliberalismus teilt seit ewigen Zeiten ein ähnliches Los. Relevanter als eine präzise Definition erscheinen die konjunkturellen Schwankungen, die der Gebrauch ideologischer Termini durchläuft – deren Attraktivität als Schlagwort und Sammelbegriff für heterogene Strömungen bemisst sich an der jeweiligen Integrationskraft.

Der Begriff des Konservatismus war in Deutschland nach 1945 aus offensichtlichen Gründen kontaminiert. Konservative Eliten galten als Steigbügelhalter des Nationalsozialismus, die Ideologen einer »Konservativen Revolution« waren die Staatsfeinde der Weimarer Republik, die sich als Abbruchunternehmer der modernen liberalen Demokratie präsentierten, aber keinerlei positive Programmatik zustande brachten, sondern nur krude Formeln von Autorität, Hierarchie, »Deutschtum« und Ständestaat aufriefen.

»Zustände zu schaffen, deren Erhaltung sich lohnt« – diese Formel Arthur Moeller van den Brucks stellte das Prinzip eines hegenden und pflegenden Konservatismus auf den Kopf, weil hoch umstritten war, welche Wertbestände denn das rechte Utopia begründen sollten. Die einen idealisierten die

1 Siehe Karl Mannheim, *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens* (1926). Herausgegeben von David Kettler u. a., Frankfurt a.M. 1984.

2 Vgl. Klaus Epstein, *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770–1806*, Frankfurt a.M. 1973, S. 19–24.

3 Siehe Panajotis Kondylis, *Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986.

4 Als Überblick vgl. Stefan Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt 1995.

ständische Gesellschaft des Mittelalters, die anderen suchten Halt in der Romantik und weitere rechtsradikale Sprengmeister plädierten für den »Arbeiter« (Ernst Jünger) als neuen Sozialtypus, der im Industriezeitalter endlich den Bürger ablösen sollte – der Jünger-Freund Ernst Niekisch phantasierte gar von einer nationalbolschewistischen Revolution.

Kurz: Diese extreme neue Rechte in ihren unterschiedlichen nationalistischen, völkisch-antisemitischen und militanten Schattierungen hatte die Verbindungen zur bestehenden bürgerlich-liberalen Gesellschaftsordnung weitgehend gekappt und damit auch den Konservatismusbegriff ad absurdum geführt. Denn Konservatismus erscheint ja nur dann plausibel definierbar, wenn er eine Relation zu bestehenden Institutionen und lebendigen Traditionen herstellen kann.

1968 UND DIE FOLGEN

Es dauerte deshalb auch eine ganze Weile, bis der Konservatismusbegriff überhaupt wieder Einzug in die politisch-soziale Sprache hielt. Wie in der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, gab es auch in der Bundesrepublik keine Partei, die für sich explizit reklamierte, konservativ zu sein. Erst im Zuge der Achtundsechzigerbewegung ergab sich eine intellektuelle Polarisierung der politischen Lager, und es wurde wieder heftig darum gestritten, wer oder was konservativ sei.

Zum einen sammelten sich die verschiedenen Gegner der Neuen Linken, um sich gegen die vermeintliche »Kulturrevolution« und den »Marsch durch die Institutionen« zu wehren. Zum anderen witterten Linke und Linksliberale in diesen intellektuellen Sammlungsbewegungen die Formierung eines »neuen Konservatismus«, der in Wahrheit antidemokratische und antilibérale Ziele verfolge.⁵ Rückwirkend wird man in einer harmonisierenden Lesart sagen können, dass die 1970/80er Jahre – abseits langfristig unbedeutender ideologischer Splittergruppen – eigentlich von der intellektuellen Debatte um die Identität der Bundesrepublik bestimmt wurden, in der sich de facto liberalkonservative und sozialliberale Demokraten gegenüberstanden.

Es ging vor allem um »weiche Themen« wie Bildung und Erziehung, die Demokratisierung gesellschaftlicher Lebensbereiche, Umweltschutz oder den Umgang mit der NS-Vergangenheit, nicht so sehr um sozioökonomische Fragen. Will man den Konflikt philosophisch personalisieren, so standen sich Jürgen Habermas und Hermann Lübke gegenüber: Wann soll ein Diskurs in Dezision münden? Wie stabil oder flexibel dürfen Institutionen sein? Welche Rolle spielen die vopolitischen Ressourcen aus Religion und Traditionen

⁵ Vgl. etwa Martin Greiffenhagen (Hg.), *Der neue Konservatismus der siebziger Jahre*, Reinbek 1974.

für eine moralische Begründung der Politik? Inwieweit lässt sich eine vernünftige kollektive Identität stiften, und was trägt die Geschichte dazu bei?⁶

Aus der Distanz betrachtet lagen die damaligen Kontrahenten gar nicht so weit auseinander; es war im Kern eine innerliberale Positionsklärung und es ging weit eher um Deutungshoheit und die Etablierung eines bestimmten Vokabulars als um unüberbrückbare sachliche Differenzen. Der ehemalige Utopist der Herrschaftsfreiheit Habermas erschloss für sich den Verfassungspatriotismus und entwickelte in seinem 1992 erschienenen Hauptwerk »Faktizität und Geltung« eine Diskurstheorie des demokratischen Rechtsstaates, die einen neuen Wert auf Institutionen legte, während der Institutionalist Lübke sich immer stärker den Elementen »direkter Demokratie«, der Zivilgesellschaft und den zunehmenden Demokratisierungszwängen moderner Gesellschaften zuwandte.⁷

ENTKRAMPFUNG UND »NEUE BÜRGERLICHKEIT«

Diese Annäherung zwischen sozialliberalen und liberalkonservativen Widersachern war die Begleiterscheinung eines demokratischen Normalkonservatismus in Deutschland, dessen Emergenz Paul Nolte 2001 beiläufig in einem *Merkur*-Essay registrierte, als er nicht nur für eine Entkrampfung im Umgang mit dem Konservatismusbegriff plädierte, sondern zudem seinerseits Konservative aufforderte, programmatisch und intellektuell kreativer zu werden.⁸ Die Stichworte, die Nolte für ein solches konservatives Programm nannte und zu denen er in den Folgejahren einiges publizieren sollte, fanden sich in den bald folgenden Debatten um eine »neue Bürgerlichkeit« wieder: Bildung, Erziehung, Kritik an der Ökonomisierung des Lebens, Befähigung zur individuellen Verantwortung, bürgerliche Lebensstile und Werte.⁹

Kurzzeitig sah es so aus, als sollte sich in der Endphase der Regierung Schröder/Fischer, als nach neuen Orientierungen und Begründungen für den Umbau des Sozialstaats gesucht wurde, die Renaissance eines wertebasierten, liberal grundierten Konservatismus ereignen, der nicht nur intellektuell, sondern auch politisch nachhaltig wirken könnte. Doch als die Fibel eines solchen bundesrepublikanischen Liberalkonservatismus – Udo Di Fabio's »Kultur der Freiheit« – im Herbst 2005 diskutiert wurde, schien das Momentum für eine solche Renaissance wieder vergangen. Merkels Wahlkampf mit dem »Professor aus Heidelberg« und die für ihre Verhältnisse gewagte Rhetorik, mit der sie von der schwersten Krise seit der Nachkriegszeit sprach und die wirtschaftsliberalen Grundsätze des Leipziger Programms von 2003 zu bewerben suchte, waren krachend gescheitert.

6 Zu dieser Debatte vgl. Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2008.

7 Siehe u. a. Hermann Lübke, *Modernisierungsgewinner. Religion, Geschichtssinn, direkte Demokratie und Moral*, München 2004.

8 Vgl. Paul Nolte, *Konservatismus in Deutschland. Geschichte – und Zukunft?*, in: *Merkur*, Jg. 55 (2001) H. 627, S. 559–571.

9 Einen Überblick aus der Flut der zahlreichen Publikationen zum Thema gibt: Heinz Bude u. a. (Hg.), *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?*, München 2010.

Fortan sollte die CDU konzeptionelle Bemühungen meiden, sich weder auf Wertedebatten um Leitkultur oder Familienbilder noch auf eine marktliberale Neupositionierung einlassen. Der amerikanische Weg, ein traditionelles, z. T. religiös geprägtes gesellschaftliches Denken mit einem rigorosen Wirtschaftsliberalismus zum Neokonservatismus zu amalgamieren, ließ sich in Deutschland nie umsetzen. Insofern waren die vielbeklagte Sozialdemokratisierung der Union und die gleichfalls diagnostizierte Neoliberalisierung der SPD zwei Seiten derselben Medaille: Anstatt zu einer Polarisierung von politischen Gegensätzen kam es zu einem noch härteren Wettbewerb um die politische Mitte.¹⁰

Zwei große Koalitionen in drei Legislaturperioden sind die Folge dieser Entwicklung. So hat denn auch die zunehmende programmatische Angleichung der sogenannten Volksparteien dazu geführt, dass »progressiv« und »konservativ« als bewegliche Begriffe zur Codierung politischer Optionen eher in den Hintergrund getreten sind;¹¹ zumal das lange Zeit gültige Paradigma eines sozialliberalen Fortschrittsverständnisses, das eben auf der Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates beruhte, seine Leitfunktion einbüßte.

Zwar hat es in der Union vereinzelte Bemühungen gegeben, ein »konservatives Profil« zu schärfen. Solche Versuche sind aber weitgehend folgenlos geblieben. Zum einen zeigten bereits die Debatten der Nullerjahre, dass sich sogar ein Begriff der Bürgerlichkeit kaum mehr konservativ vereinnahmen ließ, da sich das Verständnis von einem bürgerlichen »guten Leben« insoweit pluralisiert und entpolitisiert hatte, als auch alle ehemals alternativen Lebensformen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ihren Platz geltend machen konnten.

Es gab kein abgrenzbares Sozialmilieu mehr, das den Habitus konservativer Bürgerlichkeit für sich beanspruchen konnte oder verteidigen musste.¹² Die Emanzipation gleichgeschlechtlicher Partnerschaften weitete traditionelle Bürgerlichkeitsvorstellungen auf ehemals diskriminierte Randgruppen aus und festigte gleichzeitig eine Pluralität der Lebensstile, die es politisch inopportun machte, herkömmliche Modelle der Lebensführung zu privilegieren.

Vorbei schien die Zeit, als sich nominell Konservative in kontroversen Identitätsdebatten zu demokratischen Patrioten deklariert und für eine »selbstbewusste Nation« geworben hatten, während die Linke vor dem neuen Obrigkeitsstaat gewarnt hatte.¹³ Spätestens seit dem »deutschen Sommermärchen« von 2006 hat sich ein entspannter Umgang mit Nationalsymbolen etabliert, der in den 1980er Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre, nun allerdings nur noch als ein Zeichen der Normalisierung, keineswegs aber als das eines gesellschaftsweiten politischen Rechtsrucks zu deuten war.

10 Zur anhaltenden Bedeutung der Mitte als politischer Orientierungsgröße vgl. Herfried Münkler, *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin 2010.

11 Siehe Niklas Luhmann, *Der politische Code. »Konservativ« und »progressiv« in systemtheoretischer Sicht*, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 21 (1974) H. 5, S. 253–271.

12 Zur Erosion des konservativen Milieus in der Bundesrepublik der 1960er Jahre siehe Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik*, Göttingen 2002, S. 212ff.

13 Siehe dazu Dominik Geppert u. Jens Hacke (Hg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008.

ENDE DES POLITISCHEN KONSERVATISMUS?

Vor dem eben skizzierten Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass der Konservatismusbegriff seine politisch orientierende Wirkung verloren hat. Schon die Unterscheidung von »wertkonservativ« oder »strukturkonservativ«, die schöpfungsbewahrende Umweltpolitik, verschiedene Modelle der Nachhaltigkeit, aber auch ideell konservative Widerstände gegen eine Durchökonomisierung der Bildungs- und Universitätspolitik haben das Label



»konservativ« für die früher standardisierte Bezeichnung des politisch eher rechtsstehenden Lagers unbrauchbar gemacht.

Umgekehrt kann man den in Europa grassierenden und auch in Deutschland immer einmal wieder reüssierenden ressentimentgetriebenen Populismus, der fremden- und europafeindliche Register bedient, kaum mehr als konservativ bezeichnen. Jemanden in denunziatorischer Absicht als Konservativen zu diffamieren, um ihn aus linker oder liberaler Perspektive zum Gegner zu erklären – ein solches Vorhaben würde heute nur noch auf wenig Verständnis stoßen. Der Polarisierungseffekt ist dahin, denn das politische Feld wäre mit einem derartigen Feindschema nicht mehr zu ordnen.

Nun sollte man aus diesem Befund keineswegs den Schluss ziehen, dass sich politische Gegensätze generell auflösen und dass die Politik zu einer Verwaltungsaufgabe für alternativlose Sachzwänge degeneriert. Es scheint vielmehr so, als ob der Konservatismus-Begriff wenig hilfreich ist, wenn es um aktuelle politische Konfliktlagen geht. Weder lassen sich mit ihm augenblicklich die Differenzen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen benennen, noch kann er für europa- und außenpolitische Fragen programmatische Unterschiede verdeutlichen.

Zwar war von jeher unmöglich, eine konservative politische Theorie aus einem Guss zu formulieren; aber mit dem Abschied von einer weitgehend ethnisch und kulturell homogenen Gesellschaft wird auch der Anspruch auf nicht universalisierungsfähige moralische Leitwerte und einseitige Traditionspflege illusionär. Oder um es anders zu pointieren: Die Herausbildung eines allgemein anerkannten philosophischen Konservatismus im Sinne eines »Modernitätstraditionalismus« (Odo Marquard), der sich dem Erbe der Aufklärung und dem modernen Verfassungsstaat der Neuzeit verbunden fühlt, hat einer antiliberalen politischen Rechten den Konservatismusbegriff entwendet.¹⁴

Mit einer gewissen Erleichterung ist deshalb allgemein registriert worden, dass sich der Begriff des »Konservatismus« im modernen politischen Sprachgebrauch langsam zu einem Ausdruck für bürgerlich-traditionelle Orientierungen innerhalb der demokratischen Ordnung gewandelt und damit den Weg zu einem verfassungspatriotischen »Normalkonservatismus« zurückgelegt hat. Damit verlor er allerdings seine Kraft zur politischen Distinktion, denn in diesem Sinne konnte sich nun fast jeder Demokrat als liberalkonservativ verstehen.

Wir haben eine schleichende Anthropologisierung des Konservatismusverständnisses erlebt, im Zuge derer mit »konservativ« sehr allgemeine Eigenschaften, oft positiv bewertete Tugenden, bezeichnet werden: Skepsis, Vorsicht, Pragmatismus, *Common Sense*, Ironiefähigkeit, Kultiviertheit, Besonnenheit,

14 Die zentrale Bedeutung eines philosophischen Konservatismus unterstreicht auch Anthony Giddens, *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt a. M. 1999, S. 84.

Geschichtsbewusstsein. Eine solche Begriffsverschiebung hat zumindest in der Gegenwart zur Entpolitisierung des Begriffs geführt, die freilich nichts mit einer Aufhebung des politischen Streits zwischen links und rechts zu tun hat.

Das muss nicht für alle Zeiten so bleiben, denn der Konservatismus lebt politisch davon, eine Relation zu bezeichnen, also eine starke Verbindung zu einem Ordnungsmodell, zu Werten oder Traditionen herzustellen, um sie im Ernstfall zu verteidigen. Es könnten sich Konstellationen ergeben, in denen notwendig wird, für Überzeugungen einzustehen und sie zu verteidigen, eben weil es etwas zu bewahren gilt. Menschenrechte, individuelle Freiheit und Lebenschancen avancieren dann aus westlicher Sicht zu konservativen Werten, die kulturellen Pluralismus eben nicht mit Relativismus gleichsetzen. Konservativ wäre dann auch, mit den Mitteln des sozialen Rechts- und Wohlfahrtsstaats weiterhin für Chancengerechtigkeit zu sorgen und die gesellschaftlichen Kosten des Kapitalismus in Schranken zu halten. Man mag ein politisches System deshalb für sehr stabil halten, solange ein Grundkonsens zur Bewahrung des Vorhandenen einen Konservatismus als politische Gegenbewegung überflüssig macht.

So wünschenswert die hier vorgeschlagene Festschreibung des heutigen Konservatismus als eines demokratischen Liberalkonservatismus auch ist: Sie ist nur eine normativ favorisierte Möglichkeit und bliebe naiv, wenn man nicht auch andere Vereinnahmungen in Betracht ziehen würde – ein Blick in die Ideengeschichte des Konservatismus belehrt über die zahlreichen Begriffseroberungsversuche, die es gegeben hat.¹⁵ Insofern tut jede Beschäftigung mit dem Konservatismus gut daran, die relationale Komponente – also das, was konserviert werden soll – zu problematisieren.

Denn in höherem Maße als seine großen Konkurrenten, Liberalismus und Sozialismus, die sich stets an den Werten Freiheit und Gleichheit orientierten, ist der Konservatismus als Ideologie auf stetigen Wandel und offensive Begriffspolitik angewiesen gewesen, um die eigene Selbsterhaltung sicherzustellen. Er wurde häufig totgesagt, aber behielt seine Attraktion für die Skeptiker der Demokratie und die Feinde des Liberalismus, die ganz eigene Traditionslinien und Relationen beanspruchten. Insofern bleibt offen, wer als nächstes für sich reklamieren kann, die Kraft eines politischen Konservatismus zu repräsentieren.



Dr. Jens Hacke, geb. 1973, arbeitet als Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Seine jüngste Buchveröffentlichung erschien 2009 unter dem Titel »Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung«.

¹⁵ Vgl. etwa Martin Greiffenhagen, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1986; Axel Schildt, *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998.